

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bezugnahme monatlich 20. Durch unsere Verkäufer zugutragen in der Stadt monatlich 20. auf dem Lande 25, durch die Post bezogen einschließlich 25. mit Zustellungsgebühr. Alle Postämter und Postböden sowie unsere Verkäufer und Verschleißer nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interlandspreis 20. für die 6-seitige Sonntagsbeilage oder deren Raum, Restamen, die 2-seitige Korpusbeilage 20. Bei Wiederholung und Jahresauftrag endendende Preisnachlass. Zeitungsänderungen im amtlichen Teil (nur vom Bezahler) die 2-seitige Korpusbeilage 20. Anzeigenpreise-Beilage 50 Pf. Anzeigenpreise-Beilage 50 Pf. vornehmlich 10 Pf. für die Anzeigen der durch Fernruf übermittelten Tagesblätter überwiegen wie keine Garantie. Jeder Anzeigenauftrag erfüllt, wenn der Betrag durch Kasse eingezahlt werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gestellt.

Ersteht seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zichauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zichauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 145

Sonnabend den 24. Juni 1922.

81. Jahrgang

## Ämtlicher Teil.

### Die Teuerungszuschüsse an Militärrentenempfänger

sind erhöht und der Personenkreis der Empfangsberechtigten ist erweitert worden, um der aus Anlaß des raschen Fortschreitens der Teuerung in weitesten Kreisen der nicht erwerbsfähigen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sowie Altrentner herrschenden Notlage Rechnung zu tragen.

Neben den bisher Empfangsberechtigten, denen die Zuschüsse von Amtswegen weitergezahlt werden, können ab 1. Juli d. J. auch solche Schwerebeschädigte, Altrentner und Witwen auf Antrag Teuerungszuschüsse erhalten, deren Einkommen ohne die Versorgungsgebühren die jeweiligen Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung um nicht mehr als die Hälfte (bisher ein Drittel) übersteigt.

Beschädigte, die eine Rente von weniger als 50 v. D. beziehen, (Leichtbeschädigte) und erwerbsfähige Witwen können auf Antrag vom 1. Juli 1922 ab ebenfalls Teuerungszuschüsse erhalten, wenn sie trotz eifriger Bemühens und trotz der Mitwirkung der Fürsorgebehörde eine regelmäßige Erwerbstätigkeit nicht haben aufnehmen können und wenn sie neben der Rente kein Einkommen (aus Arbeit, Kapitalzinsen, Pensionen usw.) haben, das die jeweiligen Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung um mehr als die Hälfte übersteigt.

Antragvorbrüche sind bei der zuständigen Gemeindebehörde oder beim Bezirksamt für Kriegerversorgung zu entnehmen.

Meissen, am 21. Juni 1922.

Die Amtshauptmannschaft — Bezirksamt für Kriegerversorgung.

### Kleine Zeitung für eifrage Leser.

- \* Der Steuerzuschuss des Reichstages hat den Betrag der Zwangsanleihe auf 60 Milliarden Papiermark begrenzt.
- \* Das Reichskabinett hat beschlossen, die Bezüge der Reichsbeamten für den Monat Juli bereits am 21. Juni auszahlen zu lassen. Preußen hat die gleiche Anordnung getroffen.
- \* Auch das Reichskabinett hat der Erhöhung der Beamtengehälter in der bekanntgegebenen Höhe zugestimmt.
- \* In Londoner amtlichen Kreisen wurde die Aufnahme einer Anleihe für Deutschland in allerhöchster Zeit für unbedingt notwendig erklärt.
- \* Zwischen Paris und London sind Verhandlungen angebahnt, wonach die Franzosen freie Hand gegen Deutschland verlangen und dafür den Engländern Zugeständnisse im Orient machen wollen.
- \* Der deutsch-polnische Amnestievertrag ist zwischen dem deutschen Generalen Gadow und dem polnischen Minister Seyda abgeschlossen worden.

### Die Leidenszeit des Saarlandes.

Mit wie unerträglich Konsequenz und Härte der Versailles Vertrag unser gequältes Vaterland zwingt, einen wahren Passionsweg von Demütigungen und Verlusten zu gehen, das wird den meisten Deutschen erst im Laufe der Jahre bewusst, wenn trotz der langen Zeit, die nun seit dem sogenannten Friedensschluß verstrichen ist, immer und immer wieder ein neues Joch sich auf unsere Nacken legt, immer wieder neue Forderungen an uns herangetragen, die sich angeblich auf ein Recht aus dem Versailles Diktat gründen, immer wieder neue Klagen aus den am schwersten betroffenen Grenzländern herüberfliegen, in denen ein zerstörungsfähiger Nachbar seiner Katastrophepolitik am unheimlichsten den Lauf läßt. Noch stehen wir mitten in den schmerzlichen Tagen, in denen der Pole eine deutsche Stadt nach der andern in dem losgerissenen Teile des deutschen Oberstesien von seinen Truppen in Besitz nehmen läßt, und schon müssen sich unsere Augen vom Südostzipfel des Reiches nach seiner Westgrenze richten, wo, im Bilde der andern allzu drängenden Sorgen viel zu wenig beachtet, das deutsche Volk des Saarlandes in zäher geduldiger Abwehrkampf eine lange Leidenszeit durchmachen muß, deren Summe von Ungerechtigkeit und Bedrückung eine Schmach für die Sieger bedeutet, auf deren Schuldkonto sie zu buchen ist.

Wie stark man, trotz einer oft beklagten, aber doch nur scheinbaren Gleichgültigkeit gegen das Schicksal des Saargebietes, in allen Kreisen des deutschen Volkes die nationale Not und Bedrückung dieses Landes empfindet, das beweist die Reichstagsfraktion, in der der Außenminister Dr. Rathenau aus Anlaß einer Interpellation des Zentrum eine eingehende, von starkem Nationalbewusstsein getragene Rede über die Zustände im Saargebiet hielt. Selbst die äußerste radikale Linke, die bei solchen Anlässen gern die einmütige Stimmung des Hauses zu hören pflegt, hielt sich diesmal zurück, und im ganzen Parlament stimmte man mit den Worten des Ministers überein, als dieser zum Schluß mit Stolz auf die Tatsache hinwies, daß die Bevölkerung des Saargebietes in den schweren Jahren der Fremdherrschaft, von denen erst wenige vorübergegangen sind, sich um so fester zusammengeschlossen hat, um das zu wahren, was sie als ihr höchstes Gut betrachtet: ihr Deutschtum! Ich sehe daher nicht an, so sagte Dr. Rathenau, zu erklären, daß die Deutschen an der Saar dem ganzen deutschen Volk Vorbild und Muster sind. Das deutsche Volk und die Reichsregierung wissen schon heute, was sie an der Bevölkerung des Saargebietes haben. Ihr muß ihr bestes Willen und Können gelten in der Hoffnung auf den Tag, an dem auch äußerlich die Wiedervereinigung vollzogen werden wird.

Das Saargebiet ist insofern vom Versailles Vertrag mit dem schwersten Schicksal befallen worden, als dort eine raffiniert ausgefüllte Verbindung von Zwangsvorschriften besteht, die den ganz offensichtlich Zweck verfolgt, dieses rein deutsche Gebiet langsam zu zermürben und dann noch unter einem Schein des Rechts vom Reich loszureißen. In mehreren Grenzländern, in Schleswig, in Ost- und Westpreußen, in Oberschlesien waren Bestimmungen über die Staatsangehörigkeit beschlossen. Im Abenteuere, wo eine solche nicht in Frage kommt, senkt das Volk unter

dem Drucke einer 15jährigen Besatzung. Das Saarland muß beides über sich ergehen lassen. Der Sinn dieser „Regelung“ liegt klar zutage. Man konnte, nachdem einmal das Nationalitätenprinzip wenigstens formell verankert war, dieses Land nicht ohne weiteres rauben. Eine sofortige Abkündigung hätte diese Kaufabsichten glatt vereitelt, da die Bevölkerung fast am deutschen Reich hängt. Also setzte man das unglückliche Land erst dem Fesseler einer 15jährigen Besatzungszeit, ja gewissermaßen einer probeweisigen Kastrennung vom Reich aus, um dann durch eine Abstimmung die Entscheidung in dem in Paris gewünschten Sinne zu erzielen. Man hat auch in der Tat nicht veräußert, um die Vorbereitungszeit auf die Abstimmung zu einer Leidenszeit für Land und Volk auszugestalten, von der man offenbar erwartet, daß in ihr der nationale Gedanke bei den Saarländern langsam reift und ausgereizt werden kann. Dr. Rathenau hatte ein reichliches Material zur Verfügung, um in seiner Rede nachzuweisen, wie die Verwaltung des Saargebietes mit ihren unhaltbaren politischen Einrichtungen, mit den Zwangsmahregeln im Wirtschaftsleben und im Schulwesen, mit der offensichtlichen Bevorzugung alles dessen, was französisch ist, den Grundsätzen des Völkerrrechts und des für das Saargebiet zurzeit verantwortlichen Völkerbundes glatt zuwiderläuft, und wie sich alles in allem im Saargebiet „das typische Bild einer Fremdherrschaft“ ergibt. Vertragswidrig ist es, daß noch immer französische Truppen im Lande stehen, vertragswidrig sind die französischen Schiedsgerichte, vertragswidrig vor allem die Massenabwanderung derjenigen deutschen Bewohner, die den französischen Bedrückern irgendwie un bequem geworden sind. Ohne Vertrauen steht die Bevölkerung der zumeist fremden Verwaltung und Regierung gegenüber, aber sie hat es nicht aufgegeben, immer erneut beim Völkerbund gegen die unerträglichen Zumutungen, die an sie gestellt werden, Protest zu erheben.

Die Reichsregierung wird und darf in diesem Abwehrkampf nicht hinter der tapferen und treuen Saarbevölkerung zurückbleiben. Dr. Rathenau gab in dieser Hinsicht klare und beruhigende Erklärungen ab. Das ganze deutsche Volk aber muß die bedrängten Gräber an der Grenze wissen und empfinden lassen, daß es seit an ihrer Seite steht. Nur in diesem Bewußtsein wird das Saargebiet die Kraft finden, über eine schwere Leidenszeit hinweg für immer am Deutschen Reich festzuhalten.

### Wiederaufnahme der Anleihepläne?

Befürwortung aus Frankreich. Sowohl in Paris wie in London wird die Meinung lebhaft vertreten, daß die Bemühungen, eine Anleihe für Deutschland zustande zu bringen, alsbald wieder aufgenommen werden würden. Das kürzlich resultatlos auseinandergelagerte Bankierkomitee würde, wie auch Pariser amtliche Kreise bestärkten, alsbald wieder einberufen werden. Es soll eine neue Besprechung abhalten unter dem Gesichtspunkt, eine Verminderung der Kriegsschulden Deutschlands in Verbindung mit den alliierten Kriegsschulden zu erzielen.

Aus London wird über angeblich amtliche Erklärungen berichtet, nach denen die Aufnahme einer Anleihe für Deutschland in allerhöchster Zeit unbedingt nötig ist. Man vertritt die Ansicht, daß nichts getan werden dürfe, um das Zustandekommen einer Anleihe irgendwie zu verhindern. Das Fehlschlagen der Bemühungen des Bankierkomitees in Paris dürfe nicht entmutigen, andere Methoden ins Auge zu fassen, die zum Ziele führen könnten.

Und der Berichterstatter der „Times“ meldet aus Paris, Frankreich werde alle neuen Anleihevorschläge bis zum äußersten Maß fördern. Man sei der Ansicht, daß Poincaré und Lloyd George eine Vereinbarung in dieser Frage erzielt hätten. Eine Einladungs- und die Bankiers würde daher wahrscheinlich zu einem viel früheren Zeitpunkt erfolgen, als angenommen wurde. Der Pariser „Temps“ sucht in einem viel beachteten Leitartikel den Nachweis zu führen, daß die einzusetzende Kontrolle nicht genüge und daß Deutschland eine Anleihe erhalten müsse. Man könne sagen, daß die Anleihe unerlässlich sei für den Erfolg der Kontrolle, und wenn die Mark einen Sturz erleide, dann lege man nicht recht ein, was die Kontrolleure

unternehmen sollten, um das deutsche Budget ins Gleichgewicht zu bringen. Es sei also Pflicht, so weit man dazu imstande sei, die Hemmnisse zu beseitigen, die die Bewilligung einer Anleihe verhindern.

### Havenslein über den Markkurs.

In einer Besprechung zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Reichsbankpräsidenten Havenslein erklärte dieser, man könne noch nicht voraussehen, welche Entwicklung der Markkurs nehmen werde. Nach seiner Auffassung sei es schwierig oder sogar unmöglich, in Zeiten mit starken Ausschüttungen durch Scheckaktionen den Kurs der Mark einigermassen stabil zu halten. Sollte in der Tat ein Marksturz eintreten, so ist auch nach Ansicht des Reichsbankpräsidenten keine Möglichkeit gegeben, die bisherigen Finanzpläne durchzuführen.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

#### Vorschläge für Ruhegehaltsempfänger.

Damit auch die Ruhegehaltsempfänger, soweit möglich, schnell in den Genuss der ihnen vom 1. April und 1. Mai 1922 an zustehenden Erhöhung ihrer Versorgungsgeheimnisse treten, sind die Zahlstellen der Eisenbahnverwaltung angewiesen, den Ruhegehaltsempfängern, Wartegeldempfängern und Hinterbliebenen sofort einmalige Vorschüsse auf diese Erhöhung zu zahlen. Zugewonnen sind die Empfänger, denen die Versorgungsgeheimnisse nur auf bestimmte Zeit oder nur nach den Satzungen ehemaliger Privatbahnpensionen bewilligt worden sind. Die Geheimnisse dieser Empfänger werden indes vorzugsweise umgerechnet werden, sobald die allgemeinen Anweisungen ergangen sind.

#### Die Reichsregierung bewilligt die Beamtengehälter.

Kunnehr hat auch das Reichskabinett der Erhöhung der sämtlichen Beamtengehälter zugestimmt. Es erfolgt ein Teuerungszuschlag von 40 Prozent; alle Beamten derselben Gehaltsklasse erhalten den gleichen Zuschlag. Gleichzeitig ist für die Beamten der Reichsministerien eine Ministerialzulage bewilligt worden. Auf diese Weise wird man die besten Beamten in die Ministerien ziehen und den Andrang zu den Ministerialstellen vergrößern. Weiter hat das Kabinett die Kinderzulage um 40 Prozent erhöht. Diese Zulage hat bisher keine Erhöhung erhalten.

#### Verständigung über die Kohlenlieferungen.

Mehrere Mitglieder des in Berlin weilenden Garantekomitees haben sich mit der Reichsregierung hinsichtlich der rückständigen Kohlenlieferungen ins Benehmen gesetzt. Es ist eine Verständigung angebahnt worden, wenngleich formelle Vereinbarungen noch nicht vorliegen. Wie es heißt, sei aber die Verständigung nicht möglich gewesen, ohne der deutschen Industrie wesentliche Opfer aufzuerlegen.

#### Die neuen Löhne der Staatsarbeiter.

Im Reichsfinanzministerium sind die Besprechungen über die Lohnerhöhung für die Reichs- und Staatsarbeiter zu Ende gegangen. Die Erhöhungen sind entsprechend den Aufbesserungen der Beamtengehälter vorgenommen worden. Für alle Orisklassen wurden folgende Erhöhungen vorgenommen: Für Lohngruppe 1: 3,70 Mark, für Lohngruppe 2, 3 und 4: 3,60 Mark, für Lohngruppe 5: 3,55 Mark, für Lohngruppe 6: 3,50 Mark für Lohngruppe 7: 3,45 Mark. Die Kinderzulage wurde vor 1. April auf 1,20 Mark erhöht.

#### Sechzig Papier-Milliarden Zwangsanleihe.

Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen entspann sich eine ausführliche Debatte darüber, ob der Betrag, den die Zwangsanleihe erbringen soll, auf den Gegenwert von einer Milliarde Gold festzusetzen sei, oder in einem entsprechenden Betrag Papiermark. An der Abstimmung wurde ein Antrag Bader-Hessen (D. Volksp.) angenommen, der das Ergebnis der Zwangsanleihe auf 60 Milliarden Papiermark festsetzte. Gegen diesen Antrag stimmten die Sozialdemokraten und die Unabhängigen.

Auf dem Leipziger Gewerkschaftstongress referierte Professor S i n g h e i m e r über das zukünftige Arbeitsrecht in Deutschland, wobei er ein Arbeitsamt als

